

Konsequenzen aus der Kommunalwahl 2003 für die Landespolitik: Wie weiter mit der Bildung ?

Kommunalwahl 2003 in Schleswig-Holstein

Die Grünen haben in absoluten Stimmen knapp 10.000 Stimmen dazu gewonnen, und zwar nicht nur gegenüber der Kommunalwahl 1998 sondern auch gegenüber der Landtagswahl 2000. Aber die Regierungskoalition hat ihre Mehrheit im Lande verloren. Haben bei der Bundestagswahl noch 52% der WählerInnen Rot/Grün gewählt, so sind das jetzt nur noch 38%. Das Wahlergebnis ist nicht nur bemerkenswert durch die dramatischen Verluste der SPD und die beträchtlichen Gewinnen der CDU, sondern auch durch die Verluste von freien Wählergemeinschaften und dem SSW und die geringen Gewinne der FDP.

Dies steht scheinbar im Gegensatz zu der Umfrage vor einer Woche, als 45% der WählerInnen in Schleswig-Holstein sagten, sie trauen der Union nicht mehr zu als Rot-Grün, und nur ca. 30% ihr mehr zutrauen. Aber dieser Gegensatz ist nur scheinbar. Tatsächlich sind die WählerInnen verzweifelt, dass die Konjunktur nicht in Schwung kommt. Viele wissen, dass auch die Union keine Wunder bewirken kann und sind deshalb zu Hause geblieben. Aber die, die hingegangen sind, haben die Union gewählt, in der Hoffnung, dass ein Wechsel besser ist, als nichts.

Die Grünen haben als Einzige der Kleinen deutlich zugelegt – und das auch noch in der doppelten Regierungsverantwortung in Land und Bund. Offensichtlich respektieren die Menschen die ernsthafte und sachbezogene Arbeit der Grünen, die nicht auf Klamauk aus ist, sondern deutlich macht, dass wir die Probleme ernst nehmen und an ihrer Lösung arbeiten.#

Arbeit und Bildung stehen im Blickfeld

Diese Wahl war geprägt durch die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt. Was die Menschen vor allem beunruhigt ist der Eindruck, dass in der Bundespolitik keine klare Linie zu erkennen ist und

Besserung nicht in Sicht ist. In Schleswig-Holstein ergab die Umfrage eine Woche von der Wahl ein differenziertes Bild: In den Themenbereichen Umwelt und Verkehr steht die Landesregierung gut da. Auch im Bereich Demokratie und Innere Sicherheit ist das Bild überwiegend positiv.

Im Vordergrund stehen aber zur Zeit die Themen Arbeit und Wirtschaft und als wichtigstes landespolitisches Thema die Bildung. Der Minister für Wirtschaft und Arbeit, Bernd Rohwer hat in der Öffentlichkeit und bei den Verbänden eine hohe Akzeptanz – trotzdem hat der Eindruck aus Berlin und die vielen Entlassungen im Lande die Stimmung geprägt.

Die größten Probleme sehen die Bürger im Bereich der Bildung und Betreuung. Der moderate Reformkurs der Landesregierung verbunden mit technischen Ungeschicktheiten hat die Menschen bisher nicht überzeugen können und zu viel Unruhe in den Schulen und Kindertagesstätten geführt.

Wir wollen Konsequenzen für die Landespolitik ziehen

Mit Blick auf die Landtagswahl 2005 ist die Ausgangsposition schwierig. Zwei Fragen werden entscheidend sein:

- Gelingt es, die Konjunktur in Deutschland in den kommenden zwei Jahren wieder zum Laufen zu bringen und die Stimmung nach vorne zu wenden ?
- Gelingt es der Landesregierung sich einen Ruck zu geben, um die eigenen WählerInnen davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, eine schwarze Wende zu verhindern und das rot-grüne Projekt als Reformprojekt zu verteidigen?

Wir als Grüne sind stolz auf das in diesem Lande Erreichte. In den Bereichen, die wir verantworten - Umwelt, Energiewende und Bürgerrechte, einschließlich Gleichstellung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - sind wir bundesweit führend. Schleswig-Holstein hat mit unserer Unterstützung eine entschiedene Wirtschaftspolitik hin zu einer technologischen Erneuerung getan. Auch in der Finanz-, Verkehrs- und der Agrarpolitik sind mittlerweile deutliche Abdrücke grüner Modernisierungspolitik erkennbar.

Dazu kommt: Diese Regierung hat eine beliebte Ministerpräsidentin, die inhaltlich für rot-grün steht.

Dagegen hat die Opposition keine Alternativen anzubieten: Nicht mal in der Wirtschaftspolitik hat die CDU wirkliche Alternativen formuliert und versucht statt dessen Stimmung gegen die Auflösung des Landwirtschaftsministerium zu schüren. Und der FDP fällt nicht viel mehr ein, als mehr Subventionen für Werften zu fordern. In der Finanzpolitik ist die Opposition mit bodenlosen Versprechungen weit ab von jeder Realität. In der Verwaltungsreform mobilisiert sie wider jede Vernunft Ressentiments. Eigene Vorschläge – Fehlanzeige.

Auch in der Bildungspolitik sind positive Alternativen bei der Opposition nicht zu entdecken – der Ruf nach dem Rollback mit der verschärften Auswahl der SchülerInnen im dreigliedrigen Schulsystem und Kampf gegen die Gesamtschule in Ostholstein hat nichts mit PISA zu tun, dafür aber um so mehr mit einem ideologischen Schatten über der Brille.

Deshalb sind wir entschlossen: Wir werden unseren Teil dazu tun, um die vor uns liegenden Probleme zu lösen, um die Stimmung im Lande zum Positiven zu wenden und um die Erneuerung des Landes auch nach 2005 weiter voranzutreiben zu können.

Was wir in der Landespolitik anpacken wollen

Die Grüne Landtagsfraktion hat deshalb gestern folgende Schwerpunkte beschlossen:

Wir wollen Schleswig-Holstein zum Bildungsland Nummer 1 machen

Die wichtigste Aufgabe der Landespolitik der kommenden Jahre ist die Reform des Bildungs- und Betreuungssystems. Dazu brauchen wir klare Signale: Die Stärkung der Autonomie der Schulen, die Verbesserung der Evaluation, die Schwerpunktsetzung bei den kleinen Kindern, die Ausweitung der Betreuungszeiten und die Verbesserung der individuellen Förderung sind die entscheidenden Konsequenzen, die jetzt angepackt und notfalls auch gegen Widerstände umgesetzt werden müssen.

Grün schreibt schwarze Zahlen

Wir werden weitermachen mit der Modernisierung des Landes in den Bereichen Wirtschaft und Technologie, Umwelt und Landwirtschaft. Dabei handelt es sich nicht um Gegensätze. Nur eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die konsequent auf Ressourcen- und Energieeffizienz, modernste Technologien und ökologische Verträglichkeit ausgerichtet ist, ist zukunftsfähig. Biotechnologien, Windenergie, Biomasse und Altbausanierung sind Hoffnungsträger für Industrie, Landwirtschaft und Handwerk.

Entschlossene Umsetzung der neuen Arbeitsmarktpolitik

Wir werden Vorschläge machen für eine entschlossenen Umsetzung des Hartz-Konzeptes in Schleswig-Holstein. Dabei kommt es darauf an,

- die Kommunen optimal einzubinden und die Zusammenarbeit von Arbeitsvermittlung und Kommunen auf gleicher Augenhöhe sicherzustellen,
- die gewachsenen Trägerstrukturen vor Ort zu nutzen, um die guten Erfahrungen im Land für die Personalserviceagenturen fruchtbar zu machen und die Vermittlung zu forcieren,
- zügig die bestehenden Landesprogramme zu überarbeiten, um sie der neuen Situation anzupassen und zu verhindern, dass gewachsene funktionierende Strukturen wegbrechen und Frauen erneut benachteiligt werden.

Wahrung von Bürgerrechten und öffentlicher Sicherheit

Die sinkende Wahlbeteiligung ist ein Warnsignal, das nicht zum Dauerton werden darf. Demokratie, Gerechtigkeit – auch für Minderheiten - und das Gefühl der Sicherheit sind Grundlage des Vertrauens der Menschen in unsere Gesellschaft.

Dazu gehört neben einer guten Ausstattung von Justiz und Polizei auch eine aktive Beteiligungskultur vor Ort und die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozesse. Wir legen weiter großen Wert darauf die Bürgerrechte für alle zu wahren, die Demokratie in den Kommunen auszubauen und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Klare Entscheidungen in der Verwaltungsreform

Die Landesregierung wird nicht zuletzt daran gemessen werden, ob sie es schafft, die eigenen Verwaltungsstrukturen und die der Kommunen gegen die Widerstände in den eigenen Reihen zu modernisieren. Wir werden deshalb in enger Abstimmung mit Kommunal-

politikerInnen konkrete Vorschläge erarbeiten mit dem Ziel, in den kommenden 5 Jahren die Strukturreform der Landes- und Kommunalverwaltungen umzusetzen und bis zur Kommunalwahl 2008 abzuschließen.

Positionspapier der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir wollen Schleswig-Holstein zum Bildungsland Nummer Eins machen

Die wichtigste Aufgabe der Landespolitik der kommenden Jahre ist die Reform des Bildungs- und Betreuungssystems in Schleswig-Holstein. Trotz PISA scheuen große Teile der Politik, aber auch Teile der Lehrerverbände und Elternvertretungen, immer noch davor zurück, ernsthaft die Schwächen unseres Systems zu studieren und daraus mutige Konsequenzen zu ziehen. Jeder sucht sich das aus der Studie heraus, was für seine Argumentation zu passen scheint.

Die konservativen Kräfte propagieren in dieser Situation den Rollback in die 50-er Jahre. Sie sehen den Ruf nach Leistung durch mehr Prüfungen als Allheilmittel, wollen den Elternwillen abschaffen und erklären das dreigliedrige für unantastbar.

Aber auch viele Menschen vor Ort lehnen Veränderungen ab, weil sie vor allem neue Belastungen befürchten. Oder sie machen Veränderungen davon abhängig, dass erst mehr Geld und mehr Stellen bereitgestellt werden.

In dieser Situation kommt es darauf an, die Ergebnisse von PISA ernst zu nehmen, anspruchsvolle Konsequenzen zu formulieren, sich klare Ziele zu setzen und mutig und entschlossen bereit zu sein, Veränderungen auch gegen Widerstände durchzusetzen.

Wir wollen mit Autonomie und Schulwettbewerb Ernst machen!

Autonomie ist der Schlüssel dafür, die Schulen in Bewegung zu bringen. Verantwortung und Initiative für Veränderungen muss nach unten verlagert werden. Dazu wollen wir endlich eine transparente nachvollziehbare Zuteilung der Stellen und Geldmittel an die Schulen.

Als ersten Schritt fordern wir die landesweite Umsetzung des Konzeptes „Geld statt Stellen“ und die selbstständige Personalverwaltung vor Ort. Die Schulen sollen selbst entscheiden über den Einsatz von Geldern für Personal, Material, Weiterbildung usw., die Einstellung von LehrerInnen, die Beschäftigung von Lehrbeauftragten, Betreuungspersonal und Vertretungslehrern. Kleine Schulen sollen organisatorisch zu größeren Einheiten zusammengelegt werden (die Standorte können sie erhalten), um so die nötige Flexibilität beim Einsatz von Personal zu ermöglichen.

Der nächste Schritt ist die Kommunalisierung der Schulen. Deshalb fordern wir ab dem nächsten Schuljahr ein Pilotprojekt „kommunale Schule“ auf freiwilliger Basis. Dabei sollen im ersten Schritt die Rektoren aus dem Landesdienst an die Kommune abgeordnet werden, die Schule wählt einen Schulvorstand und gibt sich eine Schulverfassung, in der Organisation, Finanzierung und Zuständigkeiten geregelt sind. Auf Beschluss des Vorstandes kann von den Curricula abgewichen werden und neue Formen und Inhalte zu erproben. Dieser Versuch soll wissenschaftlich begleitet und unterstützt werden.

Die Kehrseite der Autonomie ist aber die externe Evaluierung. Die bisherige Gängelung der Schulen (Input-Orientierung) über Instrumentarien wie Lehrpläne, Vorschriften über Klassenarbeiten, Zeugnisse, Gutachten usw. soll radikal abgebaut werden. Statt dessen sollen sich die Schulen an den Ergebnissen des Unterrichts messen lassen (Output-Orientierung). Geeignete Instrumente dafür sind externe Prüfungen wie heute schon bei den freien Schulen, der Schul-TÜV, Vergleichstests nach dem Muster PISA für alle, regelmäßige Vergleichsarbeiten oder auch zentrale Prüfungen.

Wir wollen keinen Unterrichtsausfall sondern verlässliche Grundschulzeiten und ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsangeboten!

Die Stärkung der pädagogischen Betreuung, die Ausweitung der Öffnungszeiten der Schulen, das Mittagessen an den Schulen und das ganztägige Schulangebot sind entscheidende Schritte, um Chancengleichheit herzustellen und die Qualität des Bildungssystem für alle zu heben. Die selbstständige Schule soll sicherstellen, dass Unterrichtsausfall insbesondere in den unteren Klassen nicht mehr vorkommt.

Die Vernetzung von Jugendhilfe und Schule, die verlässliche Halbtagschule, die betreute Grundschule und die Ganztagschule sehen wir nicht als Gegensätze, sondern als ergänzende Konzepte. Letztlich soll die Entscheidung über die Gestaltung der Schule vor Ort liegen. Wir wollen innerhalb der kommenden 4 Jahre erreichen, dass alle Grundschulen feste verbindliche Grundschulzeiten als Mindestangebot haben. Freiwillige oder verpflichtende Betreuungsangebote darüber hinaus an Grundschulen oder in der Sekundarstufe 1 sollen nach Bedarf landesweit organisiert werden und wie bisher vom Land durch zusätzliche Mittel unterstützt werden. Zur Finanzierung der Investitionen steht das neue Bundesprogramm „Ganztagschule“ zur Verfügung.

Alle Kinder, die in die Schule kommen, können deutsch!

Wir wollen, dass spätestens ab dem Sommer 2004 alle Kinder, die an die Schulen kommen, genügend Deutsch können, um dem Unterricht zu folgen. Wir müssen daran arbeiten, dass alle Kindertagesstätten ihren Bildungsauftrag umsetzen und die ErzieherInnen dafür qualifiziert werden. Insbesondere soll bereits ein Jahr vor der Schule die Sprachfähigkeit untersucht und geeignete Fördermaßnahmen ergriffen werden. Dazu brauchen wir ein Konzept, das klärt, wie in dem Dreieck Schule, Kindertagesstätte und Kommune mit Unterstützung des Landes sichergestellt wird, dass alle Kinder erreicht werden, dass die Qualität gesichert ist und dass ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Eine Kürzung der Mittel im Rahmen der Novelle des KITA-Gesetzes kommt für uns nicht in Frage.

Fördern und Erziehen anstatt Sitzenbleiben und Aussortieren!

Eine der zentralen Konsequenzen aus PISA – der notwendige Abschied von homogenen Lerngruppen – wird fast durchweg ignoriert. Dahinter steht die Angst, in die Grabenkämpfe um die Gesamtschule zurückzufallen. Aber trotzdem brauchen wir eine Verlängerung der Zeit, in der alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden. Wir wissen aber auch, dass dies nicht gegen den Widerstand der Eltern durchgesetzt werden kann. Deshalb treten wir dafür ein, zunächst das Sitzenbleiben und die Möglichkeit der Querversetzung abzuschaffen und durch Fördermaßnahmen zu ersetzen. Die daraus resultierende stärkere Konzentration auf die pädagogische Arbeit in Verbindung mit der Stärkung der Autonomie der Schulen ist am ehestens geeignet, um vor Ort im Wettbewerb der Schulen die nötigen Veränderungen voranzubringen.

Wir müssen die Finanzmittel durch mutige Entscheidungen bereitstellen!

Wir erwarten vom Ministerium ein finanzielles Gesamtkonzept, das durchgerechnet ist und offen legt, wo und in welchem Umfang zusätzliche Ressourcen für Betreuung und Unterricht nötig sind, wie viel das kostet, und wie das finanziert werden kann. Auch das lehrt PISA uns: Viele bei PISA erfolgreichen Länder geben nicht mehr Geld für die Schulen aus, als wir – aber sie geben es anders aus!

Angesichts der dramatischen Landesfinanzen gehen wir davon aus, dass wir mit dem geplanten Aufwuchs der Mittel und durch Umsteuern im System das neue Schulsystem finanzieren können und müssen. Wir können und dürfen nicht warten, bis wir die Probleme der Staatshaushalte gelöst haben.

- Wir können in den kommenden 10 Jahren Stunden für Fördermaßnahmen im Umfang von 1000 Lehrerstellen gewinnen, wenn wir den Schulen Anreize geben, schwache Kinder zu fördern anstatt sie sitzenbleiben zu lassen.
- Wir können zusätzliche Ressourcen durch die Bildung von Oberstufenzentren gewinnen. Dadurch erhalten die Schüler ein qualitativ besseres Kursangebot und zugleich kann die durchschnittliche Kursgröße auf bis zu 25 Schülern pro Kurs erhöht werden. Mit der Bildung von gemeinsamen Oberstufen von benachteiligten Gymnasien soll sofort begonnen werden.
- Wir können Lehrerstunden oder Geldmittel in erheblichem Umfang für die Verstärkung der Grundschulen und zusätzliche Sprachförderung gewinnen, wenn wir die durchschnittliche Klassengröße auf das Durchschnittsniveau der anderen Bundesländer anheben.

Alle diese Mittel sollen in die vorschulische Erziehung, die Verbesserung der Grundschulen und die Bereitstellung von Mittel für mehr Förderunterricht in der Orientierungsstufe und Sekundarstufe 1 – insbesondere auch der Hauptschulen – eingesetzt werden.

Denn in der individuellen Förderung jedes Einzelnen liegt der Schlüssel dafür, dass Schleswig-Holstein das Bildungsland Nr. 1 wird!

Konkrete Maßnahmen

Ausgehend von den dargestellten Zielen schlagen wir folgende konkreten Maßnahmen vor:

- Die Novelle des KITA-Gesetzes soll überarbeitet werden. Sie soll deshalb nicht schon im August 2003 sondern zum 1. 1. 2004 in Kraft treten. Die bereitgestellten Landesmittel sollen im System bleiben und bedürfen auch in Zukunft einen Aufwuchs für die Tarifierhöhungen.
- Die Tests über die Sprachfähigkeit von Fünfjährigen und sich daraus ergebende notwendige Sprachförderung an KITAs soll flächendeckend ab Sommer 2004 eingeführt werden.
- Der vorliegende Richtlinienentwurf zur „verlässlichen Halbtagschule“ sollte überarbeitet werden. Dabei soll maximale Flexibilität im Einsatz der Mittel und in der Kombination mit der betreuten Grundschule ermöglicht werden unter standardmäßiger Einbeziehung des Konzeptes „Geld statt Stellen“. Die 10%-Abweichungsregelung soll dafür gestrichen werden. Es muss geprüft werden, ob 75 zusätzliche Stellen ausreichen, um das nötige Unterrichtsangebot umzusetzen.
- Der Antrag des „Lübecker Dachverband der betreuten Grundschulen“ auf ein Modellprojekt soll genehmigt werden.
- Wir wollen an der geplanten Anhebung der Lehrerstellenzahl bis 2005 entsprechend dem Koalitionsvertrag festhalten.
- Das Konzept „Geld statt Stellen“ soll mit einem Maximum von 20% der Mittel ab dem Schuljahr 2003/4 für alle Schulen offen stehen.
- Es wird ein Modellversuch „kommunale Schule“ unter den oben genannten Modalitäten durchgeführt.
- Vergleichbare ausländische Abschlüsse von PädagogInnen sollen in Zukunft schnell anerkannt werden.

- Der Orientierungsstufenerlass soll überarbeitet werden. Insbesondere die Parallelität von Lernplänen, Zeugnissen und der Beurteilungen soll überprüft und die Entscheidung soweit möglich in die Autonomie der Schulen gelegt werden. ***